

Nr. 21/22 vom 30.09.2021

Energieforum 2021

Das energiepolitische Zieldreieck im Schatten der Ergebnisse der Bundestagswahl 2021

Berlin. Drei Tage nach den Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag wurde im Rahmen des Energieforum 2021 am 29. September 2021 darüber diskutiert, inwieweit das energiepolitische Zieldreieck bestehend aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit für die Energiepolitik der zukünftigen Bundesregierung noch als Richtschnur dienen kann.

Nach der Eröffnung des Energieforum 2021 durch Valentine Mangez als Vertreterin des belgischen Botschafters und der Einführung durch den Vorstandsvorsitzenden des Forum für Zukunftsenergien Dr. Hans-Jürgen Brick, deklinierte Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge, Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln (EWI), sowie Mitglied des Kuratoriums, Forum für Zukunftsenergien, das energiepolitische Zieldreieck, bestehend aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit wie wir es seit 1998 kennen durch und kommt zu dem Schluss, dass es in dieser Form der gestiegenen Komplexität im gesellschaftlichen Diskurs nicht gerecht werde und überholt sei. Von einer Gleichberechtigung der drei Ziele könne zudem aufgrund des Bundes-Klimaschutzgesetzes nicht mehr ausgegangen werden.

Das Gesetz beinhalte absolut formulierte Obergrenzen für CO₂-Emissionen zu deren Einhaltung die Bundesregierung gesetzlich verpflichtet sei. Eine Konditionalität auf Nebenziele sei im Gesetz nicht vorgesehen, die formulierten Ziele seien absolute Ziele. Im Ergebnis sei eine Hierarchisierung der Ziele zu beobachten. Diese Hierarchisierung habe jedoch eine breite politische Unterstützung im Bundestag sowie den EU-Institutionen und bedinge zwei Aufgaben, die klar zu trennen seien.

Erstens gelte es, die Emissionsgrenzen einzuhalten und zweitens müsse entsprechend der gesetzten Grenzen das Energieversorgungssystem konkret umgestaltet werden. Vorfestlegungen auf bestimmte Technologien z. B. über die EU-Taxonomie engten den Lösungsraum ein. Der Klimaschutz taugte nicht mehr für die Begründung einer Taxonomie, da er inzwischen vor der Klammer zu verorten sei. Herr Prof. Dr. Bettzüge skizzierte weiterhin Ansätze für die energiepolitischen Gestaltungsaufgaben zu Beginn der 20er Jahre. Seinen Ausführungen zufolge müssten sich sowohl Kapitalstock als auch das Anspruchsniveau der Wirtschaft und der Haushalte gegenüber der Energieversorgung ändern. Ansonsten ließe sich die Einhaltung der Minderungsziele nicht erreichen und der Preis für die CO₂-Zertifikate stiege in extreme Höhen. Eine schnellere Änderung des Kapitalstocks werde dabei nicht allein aufgrund von Marktmechanismen erfolgen. Für Investitionen bedürfe es zwingend eines Geschäftsmodells und das Vertrauen der Investoren. Diese Veränderungen des Kapitalstocks müssten sektorenübergreifend, räumlich und zeitlich koordiniert erfolgen. Hinzukommen müssten Verhaltensänderungen sowie Antworten auf Fragen nach dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und der Sozialverträglich.

Die erforderlichen Mittel müssten u.a. aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt und die Rolle des Staates überdacht werden. Darüber hinaus dürften makroökonomische Auswirkungen nicht aus dem Blick geraten, die Allokation von finanziellen oder anderen Ressourcen in einen Sektor, bedingt ein Fehlen an anderer Stelle der Volkswirtschaft und sei daher sorgfältig abzuwägen. Schließlich sei Resilienz als explizierte Zieldimension in

die politische Abwägung mit aufzunehmen, da diese durch abnehmende Diversifizierung und Redundanz gefährdet sei.

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion mit Daniel Goffart, Chefreporter, WirtschaftsWoche, Dr. Helmar Rendez, Vorsitzender des Vorstandes, Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerke AG, sowie Mitglied des Kuratoriums, Forum für Zukunftsenergien und Dr. Dirk Stenkamp, Vorsitzender des Vorstandes, TÜV NORD AG, sowie Mitglied des Kuratoriums, Forum für Zukunftsenergien unter der Moderation von Dr. Hans-Jürgen Brick, Vorsitzender der Geschäftsführung, Amprion GmbH, sowie Vorsitzender des Vorstandes, Forum für Zukunftsenergien und Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien wurden diese Aussagen mit Blick auf die Aufgaben der neuen Bundesregierung vertieft.

Dr. Rendez forderte von der neuen Bundesregierung sich ehrlich zu machen und insbesondere die Versorgungssicherheit in den Blick zu nehmen, da im kommenden Jahr 8.400 MW gesicherte Leistung aus Kohle- und Kernkraftwerken vom Netz gingen. Ab 2023 werde Deutschland zum Nettoimporteur von Strom und deshalb auf die Nachbarländer angewiesen sein. Alle Panelteilnehmer stimmten darin überein, dass die Versorgungssicherheit europäisch zu sichern sei und dabei geopolitische Entwicklungen berücksichtigt werden müssten.

Dr. Stenkamp verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass die Erzeugungskapazitäten sowohl On- als auch Offshore aufgrund der Nutzungskonkurrenzen überschätzt würden. Zusätzlich unterstrich er, dass die Akzeptanz für den Klimaschutz abnehme, wenn Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit nicht gewährleistet seien und darüber hinaus sogar mit massiven Verteilungskonflikten zu rechnen sei.

Auch Daniel Goffart betonte, dass es keine Akzeptanz für drastisch steigende Preise geben werde. Das gelte auch für Verbote wie z. B. ein Tempolimit, insbesondere in einer Zeit, in der die politische Durchsetzungskraft eher sinke als steige.

Alle Mitwirkenden stimmten darin überein, dass die Transformation der Volkswirtschaft enorme finanzielle Mittel verschlingen werde und eben nicht darüber gesprochen werde, woher diese Gelder kommen und aufgrund welcher Geschäftsmodelle Investitionen erfolgen könnten. Ebenso einmütig forderten sie die Reform des Systems von Steuern, Abgaben und Umlagen. Sie sprachen sich dafür aus, Genehmigungsprozesse zu vereinfachen und forderten die öffentliche zur Kenntnisnahme, dass der zukünftig importierte Strom aus Kernkraft- und Kohlekraftwerken stammen werde.

Wir danken der Amprion GmbH für die Unterstützung sowie der Botschaft des Königreichs Belgien in Berlin für die Gastfreundschaft.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
zukunftsenergien.de
Twitter @FfZeV
LinkedIn @FfZeV